

zeigt hat, daß wir mit den sogenannten parteilosen oder neutralen Kandidaten keine guten Erfahrungen gemacht haben. Daraus müssen wir für die Zukunft die Lehre ziehen, daß der Funktionär, den wir in der Selbstverwaltung herausstellen, tatsächlich der Vertrauensmann des Volkes werden muß.

Wir wollen keinen Bürokratendünkel schaffen, sondern wir wollen tatsächlich die Verantwortlichkeit der Kreisräte z. B. so gestalten, daß sie nicht nur repräsentieren und von Zeit zu Zeit auch auf eine Stunde in das Landratsamt kommen, um dort Unterschriften zu leisten und nach außen hin die Verantwortung zu tragen, sondern wir verlangen auch, daß sie die Dezernate, für die sie die Verantwortung tragen, selbständig leiten und lenken und so durchführen, daß das Vertrauen der Bevölkerung zur Verwaltung wächst.

In diesem Zusammenhang die Frage der sogenannten Wahlbeamten! Durch die Demokratisierung in der Gemeinde und im Kreis ergibt sich diese Frage der Wahlbeamten. Hier müssen wir eine Entscheidung treffen und dürfen uns nicht dem Glauben hingeben, wir könnten da ein neues sogenanntes Berufsbeamtentum entwickeln, das über den Dingen steht und die Dinge nur berät, sondern der Wahlbeamte muß sich darüber im klaren sein, daß er tagtäglich um das Vertrauen seiner Wähler zu ringen hat, muß dann aber auf der anderen Seite die Möglichkeit haben, die volle Verantwortung restlos zu übernehmen. Aus diesem Grunde stellen wir die Frage nach dem übergeordneten Organ. Aus der Praxis entwickelt sich heute verschiedentlich eine abweichende Regelung. Aber eins steht fest: Wir brauchen die Initiative von unten, und hier ist das Prüffeld für unsere Partei. Wir dürfen die Initiative von unten nicht durch Ausführungsbestimmungen ersticken, sondern wir hoffen, daß sich mit der Zeit aus der Praxis heraus gewisse Arbeitsrichtlinien für unsere Genossen in der Verwaltung und vor allen Dingen in den Selbstverwaltungsorganen entwickeln.

Eins muß uns dabei immer wieder oberster Grundsatz sein, daß wir immer und in allem die Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, gegenwärtig haben müssen in allen Fragen, die die Verwaltung berühren. Ich verlange vielleicht nicht zuviel, wenn ich sage, daß in der Frage der Besetzung von Stellen, in der Frage der zukünftigen Absicht in der Verwaltungsarbeit erst die Partei gehört werden muß. Man kann die Partei dort, wo wir uns Mehrheiten erkämpft haben, und wir hoffen, sie noch weiter auszubauen, nicht übergehen, sondern wir müssen die Verantwortung übernehmen,